

SPD Eimsbüttel-Nord – Beschluss der Mitgliederversammlung vom 26. Juli 2011

zur Weiterleitung an die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Eimsbüttel, den Landesparteitag der SPD Hamburg und den SPD-Bundesparteitag

Basisdemokratie ernst nehmen und Ergebnisse der Ortsvereinsbefragung befolgen:

Keine Öffnung für Nichtparteimitglieder bei inhaltlichen Entscheiden oder Kandidatenaufstellungen

Im Frühjahr 2010 wurde eine bundesweite Befragung der SPD-Ortsvereine vorgenommen, an der auch der Distrikt Eimsbüttel-Nord teilgenommen hat. Gründe für die verlorene Bundestagswahl und Eindrücke aus dem Wahlkampf wurden ebenso abgefragt wie die Frage nach der zukünftigen Wichtigkeit politischer Themen.

Auch zur Frage, welche Beteiligungsformen für Nichtparteimitglieder geöffnet werden könnten, wurde ein Meinungsbild erstellt:

- Eine Befragung zu inhaltlichen Positionen befürworteten 79% der Ortsvereine.
- Abgelehnt wurden Entscheide zu inhaltlichen Positionen (alle OVe: 86%) sowie
- die Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter (alle OVe: 66%).

Angesicht dieser Ergebnisse irritieren öffentliche Diskussionen um Öffnungen für Nicht-Mitglieder und „Ermöglichungssatzungen“, durch die in ausgewählten Fällen Nicht-Mitgliedern ein Stimmrecht bei Abstimmungen über Kandidaten für kommunale Parlamente oder Bundestagskandidaten gegeben werden soll.

Eine Mitgliedschaft in der SPD wird entwertet, sollten auch Nichtmitglieder darüber entscheiden, welche Positionen unsere Partei vertritt oder wer bei Parlaments- oder Direktwahlen aufgestellt wird.

Dass Parteireform-Entwürfe seit Wochen in den Medien und von Parteifunktionären diskutiert werden, ohne dass die Parteibasis über die Vorschläge informiert wurde bzw. ohne dass anscheinend Ergebnisse von Parteibasisbefragungen ausreichend ernst genommen wurden, widerspricht dem angekündigten Kurs der Parteiführung, Basisdemokratie ernst zu nehmen.

Die KDV möge zur Weiterleitung an den LPT und BPT beschließen:

Die SPD lehnt jedwede Pläne ab,

- Entscheide zu inhaltlichen Positionen sowie
- zur Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter für Nichtmitglieder zu ermöglichen.

Dieser Beschluss ist dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, dem Bundesvorstand sowie dem Landesvorstand der SPD-Hamburg umgehend zur Kenntnis zu bringen.